

Fragestunde

821. SPD-Fraktion**Abgeordneter Daniel Kurth**- Aktivitäten türkischer Geheimdienste -

Der türkische Geheimdienst MIT hat offenbar Anhänger der sogenannten Gülen-Bewegung in Deutschland ausspioniert. Es ist von einigen Hundert Fällen auszugehen, erste Namen wurden bekannt.

Daher frage ich die Landesregierung: Liegen ihr Erkenntnisse vor, nach denen türkische Geheimdienste auch in Brandenburg aktiv sind und Personen und Organisationen ausspähen?

822. CDU-Fraktion**Abgeordneter Sven Petke**- Finanzminister Görke zur Kreisgebietsreform -

Auf dem Landesparteitag der Partei DIE LINKE am 26. März 2017 sagte Finanzminister Christian Görke: „Und nun noch ein paar Worte zur Verwaltungsstrukturreform. Da komme ich natürlich nicht drum herum ... Und ich weiß natürlich, dass die Verwaltungsstrukturreform kein Herzensthema ist. Meines übrigens auch nicht ...

Aber natürlich gehen 130 000 Unterschriften auch nicht spurlos an mir oder der Koalition vorbei. Und daher nun zur berechtigten Kritik an dem vorgelegten Referentenentwurf des Innenministeriums. Eine erste Schlussfolgerung wird es geben, Kapitän und erster Offizier werden jetzt übernehmen, um eine bessere Navigation zu suchen für das Thema, das sich in stürmischer See befindet. Und zweitens sind inhaltliche Änderungen nötig. Ich zumindest werde mich dafür stark machen, dass es nach der Auswertung der Stellungnahmen aus den Landkreisen Veränderungen an der Landkarte und bei Fragen der Funktionalreform geben wird.

Natürlich verstehe ich, dass man sich zum Beispiel in der Prignitz sorgt, dass man mit der Fusion auch noch die Kreisstadt Perleberg verliert. Ich kann es auch nachvollziehen, wenn Kreistagsabgeordnete in der Lausitz sagen, bei der Ausdehnung eines Lausitz-Kreises ist das Ehrenamt nicht mehr zu schultern. Die Kritik zur Größe des Lausitzkreises ist bei der LINKEN angekommen. Wir schauen uns unter anderem auch noch einmal die Flughafenkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming genauer an. Wir werden prüfen, ob die beiden Landkreise, die zu den wirtschaftsstärksten Landkreisen Deutschlands zählen, uns eine Gewähr bieten, auch noch 2030 eigene Kreisverwaltungen finanzieren zu können.

Deshalb sage ich ganz klar: Für eine sachliche Diskussion stehe ich jederzeit zur Verfügung. Ich habe auch kein Interesse daran, dass wir Murks beschließen ...

Und wir werden dort auch noch einmal über zusätzliche finanzielle Unterstützung nachdenken müssen. Daher spreche ich mich dafür aus, einen Investitionsfonds aufzulegen (einen Nordwest- und Lausitzfonds) der die Regionen zusätzlich unterstützt, die keine direkte Berlinanbindung haben und ländlich geprägt sind.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß, dass uns dieses Reformpaket allen im Magen liegt. Man möchte meinen, es macht den einen oder anderen schon fast seerkrank ... machen wir das Beste aus der verfahrenen Kiste und machen wir unseren Einfluss in der Koalition dafür geltend! Das ist unser Job in dieser Koalition! ... in stürmischen Zeiten braucht man einen kühlen Kopf! ... Ich sage sehr deutlich, ich habe keine Angst vor einer Volksentscheid. Ein Volksentscheid zu diesem Projekt, wenn wir keine Einigung mit den Initiatoren hinbekommen, wäre eine gute Sache, weil dann nämlich alle Brandenburgerinnen und Brandenburger entscheiden können.“

Ich frage die Landesregierung: Nimmt sie ihr Vorhaben, die Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald per Gesetz gegen den Willen der Kreistage und der Landrätin und des Landrates zusammenzuschließen, zurück?

823. Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Kathrin Dannenberg

- Bundesstützpunkte Judo und Ringen -

Ende 2016 hat die Bundesregierung und der DOSB die Eckpunkte der Reform der Spitzensportförderung vorgestellt. Eine der Säulen der Reform ist eine Reduzierung der Bundesstützpunkte von jetzt 204 um 20 Prozent und eine Reduzierung der Olympiastützpunkte von jetzt 19 um 30 Prozent. Nach Aussage des Geschäftsführers des Landessportbundes, Herrn Gerlach, im Januar 2017 im Bildungsausschuss sind in Brandenburg der Bundesstützpunkt Judo in Frankfurt (Oder) und der Bundesstützpunkt Ringen in Luckenwalde bedroht. Noch ist die Liste der zu schließenden Standorte nicht beschlossen, zumal die jeweiligen Sportverbände hier maßgeblich mitwirken.

Ich frage die Landesregierung: Inwiefern hat sie sich bisher bzw. wird sie sich in Zukunft gegenüber den Sportverbänden und der Bundesregierung für den Erhalt der Stützpunkte einzusetzen?

824. AfD-Fraktion

Abgeordneter Andreas Kalbitz

- Einnahmen durch die Erhebung von Straßenbaubeiträgen im Jahr 2016 -

Ich frage die Landesregierung: Wie hoch ist die Gesamtsumme der Straßenbaubeiträge, die im Jahr 2016 in Brandenburg entrichtet worden ist?

825. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abgeordneter Axel Vogel

- Kredit der Europäischen Investitionsbank für den BER -

Im Sommer 2009 genehmigte die Europäische Investitionsbank (EIB) der Flughafen-gesellschaft für den BER einen Kredit in Höhe von rund 1 Milliarde Euro. Pressemeldungen berichten, dass die EIB diesen Kredit unter der Voraussetzung einer Inbetriebnahme spätestens im Jahr 2017 vergeben hat und jetzt auf die Nennung eines neuen Eröffnungstermins bis Ende April dringt. Andernfalls soll sie damit gedroht ha-

ben, den Kredit zu kündigen. Einen verlässlichen Eröffnungstermin wird die FBB nach Bekunden des Geschäftsführers bis April jedoch nicht verbindlich nennen können, da bis jetzt nicht alle Terminrisiken bekannt sind.

Ich frage die Landesregierung: Ergeben sich daraus für die FBB und in der weiteren Folge auch für das Land Brandenburg Konsequenzen für die Sicherstellung der Finanzierung des Gesamtprojektes?

826. CDU-Fraktion

Abgeordneter Rainer Genilke

- Verknüpfung der BER-Kredite mit einem Eröffnungstermin -

In der Presse wurde bekannt, dass die Europäische Investitionsbank ihren Kredit für den BER an einen konkreten Eröffnungstermin im Jahr 2017 geknüpft habe und nach dessen Verschiebung nunmehr auf eine Nennung eines Eröffnungstermins bis Ende April bestehe. Auch der damalige Aufsichtsratsvorsitzende Michael Müller forderte von der Flughafengesellschaft nach der erneuten Eröffnungsverschiebung im Januar 2017 öffentlichkeitswirksam die Festlegung auf einen Eröffnungstermin im Frühjahr. Dessen ehemaliger Flughafenstaatssekretär und heutige Geschäftsführer der FBB hat die Ernennung des Eröffnungstermins nunmehr für September 2017 in Aussicht gestellt.

Ich frage die Landesregierung: Inwiefern sind die verschiedenen BER-Kredite an Auflagen wie beispielsweise die Festlegung eines Eröffnungstermins gebunden?

827. BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Abgeordneter Péter Vida

- Beanstandung in Blankenfelde-Mahlow -

Die Gemeindevertretung Blankenfelde-Mahlow hat in ihrer Sitzung vom 23.02.2017 die Vorlage GV 13/2017 des Bürgermeisters zur Umsetzung des Rathaus-Neubaus mehrheitlich abgelehnt. Daraufhin hat der Bürgermeister diese Ablehnung beanstandet. Gemäß § 55 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg ist nur ein Beschluss, nicht aber das Unterlassen eines Beschlusses beanstandungsfähig. Dennoch ist dem Vernehmen nach beabsichtigt, unter der „Überschrift“ der Beanstandung und dem damit verbundenen haftungsrelevanten, politischen Druck eine erneute Abstimmung zu erzwingen.

Ich frage die Landesregierung: Ist diese Beanstandung eines nicht gefassten Beschlusses nach § 55 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg rechtmäßig?

828. SPD-Fraktion**Abgeordnete Britta Müller**- Schließung des Werkes in Trampe des Windkraftbauers Senvion -

Ganz überraschend hat die Senvion GmbH, die Windenergieanlagen auch in Brandenburg baut, die Schließung ihres Werkes in Trampe zu Mitte Mai 2017 mitgeteilt. Betroffen sind 120 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, davon 17 Auszubildende. Zusätzlich soll auch den 80 Angestellten der Verwaltung in Eberswalde gekündigt werden. Die Mitarbeiter sind geschockt, vor allem weil die Auftragsbücher voll sind und keine Anzeichen für eine Schließung zu erkennen waren. Auch die Werke in Husum und Bremerhaven sind von Schließungen bedroht. Aus diesem Grund war am 27. März ein Krisengespräch zwischen Geschäftsführung, Vertretern der betroffenen Landesregierungen und des Betriebsrates geplant.

Ich frage die Landesregierung: Wie kann aus ihrer Sicht den Beschäftigten geholfen werden?

829. CDU-Fraktion**Abgeordneter Steeven Bretz**- Umsetzung der Schuldenbremse in Landesrecht -

In seinem Jahresbericht 2016 weist der Landesrechnungshof erneut zu Recht darauf hin, dass sich das Zeitfenster für die Umsetzung der Schuldenbremse in Landesrecht schließt. Ab 2020 gilt das strikte Neuverschuldungsverbot des Grundgesetzes. Dabei ist es Sache der Länder, im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen Regelungen zur Berücksichtigung und Ausgestaltung von Konjunkturschwankungen und für Naturkatastrophen oder Notfallsituationen zu treffen. Die Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben diesbezüglich bereits im Jahr 2015 einen umfassenden Vorschlag zur Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung vorgelegt, der damals im Landtag jedoch keine Mehrheit fand. Damals erklärte Finanzminister Christian Görke jedoch, dass im Finanzministerium seit längerem an einem entsprechenden Konjunkturbereinigungsverfahren gearbeitet werde, welches aber keine Verfassungsänderung erforderlich mache.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der aktuelle Stand bezüglich der Erarbeitung einer gesetzlichen bzw. verfassungsrechtlichen Umsetzung der Schuldenbremse in Brandenburg?

830. Fraktion DIE LINKE**Abgeordneter Dr. Andreas Bernig**- Prämie für Streikbrecher -

Im Städtischen Klinikum Brandenburg an der Havel stehen Tarifverhandlungen an. Die Gewerkschaft ver.di hat Medienberichten zufolge der Klinikleitung jetzt vorgeworfen, eine Streikbruchprämie ausgelobt zu haben, um einen etwaigen Ausstand der Belegschaft zu unterlaufen. In dem Schreiben der Geschäftsführung des Klinikums wird Angestellten eine Prämie von 60 Euro täglich für den aktiven Streikbruch geboten. Aufsichtsratsvorsitzende des Klinikums ist Dr. Dietlind Tiemann.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie vor dem Hintergrund der Aktivitäten zur Erhöhung der Tarifbindung das Handeln der Klinikleitung?

831. AfD-Fraktion

Abgeordneter Steffen Königer

- Unterrichten im Ausland -

„Sie haben das 1. oder 2. Staatsexamen oder Sie sind im Landesschuldienst verbeamtet oder fest angestellt ... Sie suchen eine neue Herausforderung? Dann brauchen wir Sie als Lehrerin/Lehrer ...“¹

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Lehrer des Landesschuldienstes wurden in den letzten zehn Jahren durch das Bundesverwaltungsamt für das Auslandsschulwesen abgeworben?

832. SPD-Fraktion

Abgeordnete Sylvia Lehmann

- Berichte über Pflegenotstand in Potsdam -

Laut Medienberichten der vergangenen Wochen finden Potsdamer Seniorinnen und Senioren, bedingt durch einen Fachkräftemangel in der Landeshauptstadt, kaum noch Plätze bei stationären und ambulanten Diensten. Ein Hauptgrund dafür ist, dass die Fachkräfte aufgrund einer besseren Bezahlung nach Berlin abwandern.

Ich frage die Landesregierung: Wie schätzt sie die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung in Potsdam und anderen Teilen Brandenburgs ein?

833. CDU-Fraktion

Abgeordneter Prof. Dr. Michael Schierack

- Ehemalige Webschule in Cottbus -

Am 30.12.2010 hat ein Brand die ehemalige Webschule in Cottbus stark beschädigt. Bei den ersten Sicherungsmaßnahmen der Landesimmobilie stand die denkmalfachliche Beratung des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege hilfreich zur Seite. In einem Schreiben vom 28. Januar 2011 an den damaligen Oberbürgermeister von Cottbus, Frank Szymanski, hat die zuständige Ministerin, Frau Dr. Münch, versichert, dass ein Wiederaufbau des Gebäudes mit einer nachhaltigen Perspektive geprüft werde.

Die damalige Prüfung hat meines Wissens nach ergeben, dass ein Wiederaufbau durchaus möglich sei, entsprechende Entscheidungen aber abhängig von einer Nachnutzung der gesamten Landesimmobilie nach einem Komplettauszug der Polizei seien. Entgegen der Planungen sind heute, über sechs Jahre später, immer noch Bedienstete der Polizei im angrenzenden Objekt untergebracht.

Ich frage die Landesregierung: Wann ist mit einem Komplettauszug der Polizei und darauf folgend einem Wiederaufbau des Gebäudes zu rechnen?

¹ Anzeige des Bundesverwaltungsamtes - Zentralstelle für das Auslandsschulwesen aus Sonderbeilage zur Buchmesse der MAZ vom 21.03.2017

834. SPD-Fraktion**Abgeordnete Simona Koß**- Förderung von Herdenschutzhunden -

Der Schutz der Weidetiere vor Übergriffen durch den Wolf wird durch das Land gefördert. Verschiedene Möglichkeiten werden angeboten.

In der Richtlinie Wolfs- und Biberprävention ist unter anderem bezüglich des Schutzes der Weidetiere vor Wolfsübergriffen auch die Förderung von Herdenschutzhunden vorgesehen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Arten von Herdenschutzhunden mit welchen Merkmalen werden gefördert?

835. CDU-Fraktion**Abgeordneter Raik Nowka**- Pharmazeutisches Institut im Land Brandenburg zur universitären Ausbildung von Apothekerinnen und Apothekern -

Im Rahmen einer Festveranstaltung der Apothekerkammer am 27.02.2017 wurde seitens der Kammer ausdrücklich auf den Bedarf an Nachwuchskräften für den Berufsstand der Pharmazeuten und Apotheker hingewiesen. Als möglicher Beitrag des Landes Brandenburg wurde die Gründung eines Pharmazeutischen Instituts angesprochen. Ein solches Institut sei dringend erforderlich, damit auch im Land Brandenburg Pharmazeuten an einer Universität ausgebildet werden. Der Ministerpräsident zeigte sich in seinem Grußwort hierzu gesprächsbereit und stellte den Verantwortlichen der Kammer einen entsprechenden Gesprächstermin in der Staatskanzlei in Aussicht.

Ich frage die Landesregierung: Hat dieser Termin in der Staatskanzlei zwischen Vertretern der Apothekerkammer und der Landesregierung bereits stattgefunden?

836. Fraktion DIE LINKE**Abgeordnete Kathrin Dannenberg**- Willkommensmanagement für Lehrkräfte -

In der Sitzung des Bildungsausschusses des Landtages am 16. Februar 2016 gab es bei dem Tagesordnungspunkt zum Thema Lehrkräftegewinnung eine Diskussion über ein Willkommensmanagement für Lehrkräfte. Dabei ging es zum Beispiel um einen Austausch von Kommunen, Uni Potsdam, Studienseminaren und dem Bildungsministerium, um die Rahmenbedingungen für Studierende während des Praxissemesters und für Referendarinnen und Referendare während des Vorbereitungsdienstes zu verbessern. Ein zentraler Punkt könnte unter anderem die Zurverfügungstellung von günstigem Wohnraum sein. Bildungsminister Baaske hat in der Sitzung diese Anregung begrüßt.

Ich frage die Landesregierung: Inwiefern plant sie, einen solchen Austausch zum Beispiel als Runden Tisch ins Leben zu rufen?

837. AfD-Fraktion
Abgeordnete Christina Schade
- Zukunftsagentur Brandenburg -

2016 unterstützte die Zukunftsagentur Brandenburg 385 Investitions-, Innovations- und Gründungsprojekte.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Erstkontakte bzw. wie viele Erstberatungen wurden jeweils direkt von der ZAB akquiriert?

838. SPD-Fraktion
Abgeordneter Helmut Barthel
- Erhalt des Zahnradwerkes in Pritzwalk -

Die Zahnradwerk Pritzwalk GmbH war einer der größten privaten Zahnradhersteller für zylindrische Verzahnung in Europa und Spezialist für Zahnräder, Kupplungen und Antriebselemente. Im November 2016 ging das Unternehmen in die Insolvenz. Anschließend verbesserten sich die Chancen auf einen unternehmerischen Neuanfang immer weiter.

Ich frage die Landesregierung: Was hat sie mit welchem Ergebnis zum Erhalt des Standortes getan?

839. Fraktion DIE LINKE
Abgeordnete Bettina Fortunato
- Brand in einer Senioren-WG -

Alternativeinrichtungen zu Pflegeheimen entstehen überall in Deutschland. Vor allem Senioren-Wohngemeinschaften erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Im Landkreis Ostprignitz-Ruppin gab es einen Brand in einer Senioren-WG. Eine Person kam dabei ums Leben. Der private Betreiber hätte laut Landkreis einen Sonderbau anmelden müssen. Der Landkreis droht nun mit Nutzungsuntersagung, weil angeblich die bauordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen nicht geklärt sind.

Ich frage die Landesregierung: Inwieweit hat das Land die bauordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen für Senioren-WG geklärt?

840. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Abgeordnete Marie Luise von Halem
- Beteiligung des Landes an der Entwicklung der Kunsthalle Brennabor in Brandenburg an der Havel -

Die Kunsthalle Brennabor ist eine kommunal getragene Einrichtung der Stadt Brandenburg, die bis 2016 von der Brandenburger Theater GmbH betrieben wurde. Das Land Brandenburg hat - als Mitförderer des Theaters Brandenburg - während dieser Zeit die auf den Betrieb der Kunsthalle bezogenen Ausgaben und Einnahmen im Wirtschaftsplan des Brandenburger Theaters im Rahmen des jährlichen Theateretats als zuwendungsfähig akzeptiert.

Seit der Lösung der Kunsthalle von der Brandenburger Theater GmbH 2016 ist die Stadt Brandenburg für die Kunsthalle zuständig. Derzeit sucht die Stadt Brandenburg einen Träger für den Betrieb.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen müsste ein Konzept enthalten, damit es für die Landesregierung auch langfristig förderfähig wäre?

841. Fraktion DIE LINKE
Abgeordnete Anke Schwarzenberg
- Agrarministerkonferenz -

Ende März fand die Agrarministerkonferenz in Hannover statt.

Ich frage die Landesregierung: Welche für Brandenburg wichtigen Ergebnisse brachte die Agrarministerkonferenz?

842. AfD-Fraktion
Abgeordneter Dr. Alexander Gauland
- Garten des Brecht-Weigel-Hauses in Buckow -

Im denkmalgeschützten Garten des Brecht-Weigel-Hauses in Buckow (Märkische Schweiz) darf demnächst ein Servicegebäude errichtet werden. Das entschied Kulturministerin Dr. Martina Münch (SPD) und setzte damit die Einsprüche des Landesdenkmalamtes außer Kraft.

Ich frage die Landesregierung: Welches museale Konzept für das Brecht-Weigel-Haus ist mit dem Neubau des Servicegebäudes verbunden?

843. Fraktion DIE LINKE
Abgeordneter Dr. Andreas Bernig
- Wiedereingliederung der Bodendienstleistungen in die FBB -

Im März hat das Bodenpersonal auf den Flughäfen in Berlin und Brandenburg gestreikt, mit dem Ergebnis, dass die Mitarbeiter der Bodendienste jetzt besser bezahlt werden.

Eine weitere Forderung der Arbeitnehmer ist, die Bodendienstleistungen mittelfristig wieder in die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH einzugliedern.

Ich frage die Landesregierung: Plant sie als Gesellschafter, die Bodendienstleistungen wieder in die FBB einzugliedern?

844. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**Abgeordnete Marie Luise von Halem**- Gesetz zur Gründung von Wirtschaftsentwicklungsquartieren zur Förderung lebendiger Innenstädte? -

Anlässlich einer Bilanz zur Situation des Potsdamer Einzelhandels berichteten die Potsdamer Neuesten Nachrichten vom 8. März 2017 über die Forderung der Industrie- und Handelskammer nach einem Gesetz für die Errichtung von Wirtschaftsentwicklungsquartieren, sogenannten „Business Improvement Districts“, wie es das bereits in vielen anderen Bundesländern gibt. Es erlaubt Eigentümerinnen und Eigentümern sowie Geschäftsleuten einer Stadt, ihre Ideen zur Aufwertung ihrer Quartiere in finanzieller Eigenregie zu planen und umzusetzen. Um das auch in Brandenburg zu ermöglichen, bedarf es eines Landesgesetzes, das den Verfahrensweg vorgibt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung: Wie bewertet sie das Instrument der Wirtschaftsentwicklungsquartiere bzw. der sogenannten „Business Improvement Districts“?

845. Fraktion DIE LINKE**Abgeordnete Isabelle Vandre**- Evaluation des ZALF in Müncheberg -

Das Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e. V. verfolgt das Ziel, Wirkungszusammenhänge in Agrarlandschaften zu erklären und eine Wissensgrundlage für deren nachhaltige Nutzung bereitzustellen. Nachdem der Senat der Leibniz-Gemeinschaft bei der letzten Evaluierung deutliche Kritikpunkte festgestellt hatte, wurde das Zentrum bereits jetzt, nach vier Jahren, erneut evaluiert.

Ich frage die Landesregierung: Welche Ergebnisse und Schlussfolgerungen hat die erneute Evaluation erbracht?

846. AfD-Fraktion**Abgeordneter Sven Schröder**- Stand der Umsetzung des Landtagsbeschlusses „Qualitätsoffensive für die Verpflegung von Kindern und Jugendlichen“ (Drucksache 6/4560[2.ND]-B) -

Ich frage die Landesregierung: Welche Ergebnisse haben die Gespräche mit regionalen Obst- und Gemüseerzeugern zur Umsetzung des Landtagsbeschlusses zur Einführung im Schuljahr 2017/18 zu verzeichnen?

847. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**Abgeordneter Benjamin Raschke**- Summ Summ Summ - Bienen sind bald stumm -

Den Bienen geht es nicht gut in unserem Land. Jedes Jahr zum Frühlingsbeginn müssen wir Berichte über Bienenvölker lesen, welche den Winter nicht überlebten. Erst in der letzten Woche gab der Landesimkerverband Brandenburg bekannt, dass mehr als 40 Prozent der Bienenvölker Brandenburgs diesen Winter nicht überlebt

haben. Normal seien Verluste zwischen 10 bis 15 Prozent. Dieses Ausmaß des Artensterbens hat es seit zehn Jahren nicht mehr gegeben.

Die Ursachen sind vielfältig, vor allem aber sind viele Bienenvölker durch Pestizide und den Nahrungsmangel in Monokulturen so geschwächt, dass sie der Varroamilbe nichts entgegensetzen haben. Brandenburg ist es in der vergangenen EU-Förderperiode nicht gelungen, den Einsatz von Pestiziden zu verringern oder die Anlage von Blühstreifen zu fördern.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Maßnahmen unternimmt sie, um die Risiken des Bienensterbens zu reduzieren?

848. SPD-Fraktion
Abgeordnete Klara Geywitz
- Bienensterben -

Nach Angaben des Landesverbandes Brandenburgischer Imker e. V. haben mehr als 40 Prozent der Bienenvölker in Brandenburg den Winter nicht überlebt. Die Hauptursachen seien die Varroamilbe, die Ausbreitung von Mäusen und der Klimawandel. Es sei das größte Sterben seit mindestens zehn Jahren, normal sei ein Verlust von 10 bis 15 Prozent.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen gegen das Bienensterben können ergriffen werden?

849. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Abgeordneter Benjamin Raschke
- Wann wird die gute fachliche Praxis überarbeitet? -

In Brandenburg wurden Leitlinien zur guten fachlichen Praxis („Leitlinien der ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Bodennutzung“) bereits Mitte der 1990er-Jahre formuliert. Die Realität landwirtschaftlicher Flächennutzung und der Anspruch der Leitlinien klaffen aber auseinander. Außerdem muss die gute fachliche Praxis an neue Entwicklungen und Anforderungen an die Landwirtschaft angepasst werden, die etwa in den vergangenen Jahren durch Regelungen auf EU-Ebene entstanden sind.

Der Landtag hat in seinem Beschluss vom 18. März 2015 die Landesregierung aufgefordert, die „Gute fachliche Praxis“ von 1997 „insbesondere im Interesse des Bodenschutzes bis 2017 zu überarbeiten, zu publizieren und für die Aus- und Weiterbildung zur Verfügung zu stellen“.

Ich frage die Landesregierung: Was ist der aktuelle Stand hinsichtlich der Überarbeitung der guten fachlichen Praxis?

850. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**Abgeordneter Benjamin Raschke****- Vermeidbare Baumfällung beim Neubau des Kreisverkehrs an der L 49 -**

Die Brandenburger Straßenverwaltung plant den Neubau eines Kreisverkehrs an der Kreuzung L 49/L 54 in Vetschau. Dabei sind nach bisheriger Planung zwei Platanen von der Fällung bedroht. Dem neuen Kreisverkehr stehen diese Bäume nicht im Weg, vielmehr sollen sie der kurzzeitigen Baustraße weichen. Mit etwas Geschick ließen sich die Bäume erhalten und als schattenspendende Gehölze in den geplanten Parkplatz integrieren. Ferner würden damit Kosten für die Ersatzmaßnahmen eingespart.

Ich frage die Landesregierung: Sieht sie sich in der Lage, die zu fällenden Bäume zu erhalten und in das Planungskonzept zu integrieren?